JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

KORRESPONDENTEN IN ALLEN JÜDISCHEN ZENTREN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN



TELEGR.-ADR.: „PRESSCENTRA ZÜRICH"
POSTCHECK-KONTO VIII 5166

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

Nummer 36	29. Mai 1919	כ"ט אייר תרע"ט	Preis 30 Cts.

Aron Aronsohn.

London. Der bekannte palästinensische Agronom Aron *Aronsohn* ist beim Fluge von London nach Paris *tötlich verunglückt.*

— Aronsohn war vor kurzem in einer speziellen zionistischen Mission auf dem Luftwege von Paris nach London gekommen, wo er bis Donnerstag den 15. Mai geweilt hat. An diesem Tage verliess er London in einem Aeroplane, der auch wichtige Briefe für die Friedenskonferenz beförderte. Dieser Aeroplan scheint nun trotz der ruhigen Witterung über dem Kanal verunglückt zu sein. Die Briefpost ist an das Meeresufer bei Boulogne angeschwemmt worden. Bis vor kurzem war noch Hoffnung vorhanden, dass sich Aronsohn vielleicht auf irgend ein Schiff gerettet haben könnte. Jetzt haben jedoch die zionistischen Kreise Londons bereits jede Hoffnung auf die Rettung Aronsohns aufgegeben. Der Tod Aronsohns bedeutet einen geradezu unersetzlichen Verlust für das jüdische Volk. Als einer der allerbedeutendsten Agronomen, besonders bekannt auch durch seine Entdeckung des Urweizens in Palästina, leistete er bei den jetzigen Verhandlungen in Paris durch seine genaue Kenntnis Palästinas, wo er beinahe sein ganzes Leben verbracht hat, der jüdischen Sache unschätzbare Dienste. Der Verlust ist umso grösser, als er auch besonderer Vertrauensmann der englischen Regierung war.

Der so tragische Tod dieses bekannten zionistischen Führers hat tiefes Bedauern, in gleicher Weise bei den Juden wie bei Engländern, hervorgerufen. Fast die gesamte englische Presse widmet *Aronsohn* warme Nekrologe. Einen längeren Artikel veröffentlicht der „Manchester Guardian", der ausser der wissenschaftlichen Bedeutung und der allgemeinen Würdigung Aronsohns noch besonders die Dienste, die Aronsohn England geleistet hat, hervorhebt. „Aronsohn — schreibt der „Manchester Guardian" u. a., verdankt Allenby den letzten endgültigen Sieg, da er es war, der Quellwasser für die englische Armee auf der Sinai-Halbinsel entdeckte."

Die jüdischen Aussichten auf der Friedenskonferenz.

Kopenhagen. Oberst House, die „rechte Hand Wilsons", äusserte sich in einem Gespräch mit *Morgenthau*, dem ehemaligen amerikanischen Botschafter in der Türkei, zur Judenfrage folgendermassen: „Auf der Friedenskonferenz ist man gesonnen, die Balfour'sche Deklaration in all ihren Punkten zu unterstützen. Die Zionisten haben nicht viel gefordert und deshalb wird man ihnen auch alles gewähren, was sie verlangt haben."

Ueber die Aussichten der jüdischen Forderungen in den Galuthländern sprach sich *Morgenthau* vor einer Gruppe jüdischer Journalisten wie folgt aus: Die Aussichten sind nicht ungünstig. Die allgemeine politische Situation hat letztens eine Wendung genommen, die grosse wichtige Aenderungen in der ganzen jüdischen Geschichte erhoffen lässt. Es ist eine beschlossene Tatsache, dass Amerika Konstantinopel als Mandat erhält und dadurch werden den Juden nicht nur neue Länder eröffnet, sondern diese Aenderung wird auch einen ungeheuren Einfluss auf die ganze jüdische Lage in Rumänien, Südrussland und in einem gewissen Grade auch in Polen und Galizien bewirken. (Moment.)

Wann fällt die Entscheidung über Palästina?

Paris, 16. Mai. Eine bedeutende an der Friedenskonferenz teilnehmende Persönlichkeit äusserte sich, dass man die endgültige Entscheidung über Palästina erst in zwei Monaten erwarten dürfe, nachdem die Kommission, die zum Studium der Frage entsendet worden ist, zurückkehren und der Konferenz ihre Ansichten übermitteln wird.

Wie sich herausstellt, legen die Assimilanten den jüdisch-nationalen Delegierten viel mehr Hindernisse als man erwartet hat, in den Weg. Auch die polnischen Assimilanten beteiligen sich an dieser Arbeit. Erst jetzt erfährt man, dass in Paris vor einigen Wochen eine Konferenz der Assimilanten stattgefunden habe, an der sich auch ein Warschauer Nathanson beteiligt hat. Diese Konferenz hat einen aus drei Personen bestehenden Ausschuss gewählt, der mit den Konferenzteilnehmern in Kontakt stehen soll, um in antinationaler Richtung zu wirken und zwar hauptsächlich gegen die jüdisch-nationalen Forderungen in den neuerstandenen Staaten. (Haint.)

Die Friedenskonferenz und Palästina.

Wir vernehmen, dass von dem Vorschlag, seitens der Friedenskonferenz eine Kommission nach Paläs-

tina und Syrien zu entsenden, damit diese die Einflusssphären, unter welche die Territorien kommen sollen, vorschlage, abgesehen wurde. Dies ist vermutlich das Resultat des Abkommens, welches u. a. das Mandat über Palästina Grossbritanien zuspricht. Infolge dieses Beschlusses sieht Dr. Weizmann, der die Kommission bei ihrer Ankunft in Palästina treffen wollte, von seiner sofortigen Abreise dorthin ab. (Jewish Chronicle v.23.Mai.)

Achad Haam warnt vor zu grossem Optimismus.

London. Der amerikanische Journalist Hermann *Bernstein* kabelt an den New Yorker „Tug und Warheit" ein Interview, das ihm *Achad Haam* in London gewährt hat. Achad Haam wärnt die Juden vor zu grossem Optimismus, denn um so grösser könnte dann die Enttäuschung sein. Man darf von einem jüdischen Staat in Palästina nicht sprechen. Die Juden werden Kolonisations- und Emigrationsrechte in Palästina erhalten und Palästina wird als jüdisches Heim proklamiert werden. Es gilt jedoch viele Schwierigkeiten zu überwinden. Obwohl jüdische und nichtjüdische Gegner auf alle Weise intrigieren, ist man derzeit in Paris der Palästina-Frage freundlich gesinnt. Die Geschehnisse in Paris wechseln jedoch sehr schnell. Im Allgemeinen ist die jüdische Lage jetzt tragischer als je zuvor. Wir haben Messias-Wehen ohne den Messias. Die Juden, die den Zionismus schädigen wollen, sind Feiglinge. Sie befürchten man könnte an ihrer Treue und bürgerlichem Patriotismus zweifeln. Die Christen selbst stellen gar nicht die Frage, ob die Zionisten loyale Bürger sind, oder nicht. Für sie ist dies überhaupt nicht zweifelhaft. Ein zweites tragisches Problem ist die Emigrantenfrage. Es ist schwer zu verlangen, dass die liberalen Länder Beschränkungen für die Emigration einführen sollen und da die ökonomisch-politische Lage der Juden in Polen, Rumänien und Russland eine verzweifelte ist, so könnte eine überstürzte Auswanderung nach Palästina einsetzen, das nicht einmal für die jährliche Aufnahme von 10.000 Emigranten eingerichtet ist. Dies alles in Verbindung mit den übertriebenen Hoffnungen, mit dem rosigen Paradiese, das man sich unter Palästina vorstellt, kann zu einer riesigen jüdischen Katastrophe führen.

Die Grenzen Polens.

Warschau, 19. Mai, Im Seniorenkonvent des polnischen Landtages gab *Paderewski* Aufschlüsse über die von der Entente geplante Festsetzung der Ostgrenze Polens. In Ostgalizien soll die Grenze *längs des Bug bis Kamionka Strumilowa,* dann längs der *Ostgrenze der Bezirke Lemberg, Rudki, Sambor, der Südgrenze des Bezirkes Dobromil und der Ostgrenze des Bezirkes Sanok* laufen. Paderewski bemerkte, dass die Entente den Polen noch vor zwei Monaten ein grösseres Gebiet in Ostgalizien zugesprochen habe, und zwar auch Teile der Bezirke *Stryj, Skole, Turka,* ferner den ganzen Bezirk *Drohobycz, Stary-Sambor* und *Lisko.* Nunmehr will die Entente das *Naphtagebiet der Ukraine unter Kontrolle einer internationalen Kommission* überlassen. Die neuen Vorschläge der Entente stützen sich auf die Vorschläge *Bothas,* die jedoch für die Polen unannehmbar sind. Paderewski bestätigte sodann die Blättermeldung, dass England und Amerika bezüglich der Verwendung der Truppen Hallers in Ostgalizien Verwahrungen eingelegt haben. Die Polen müssen die Buglinie und das Naphthagebiet in Ostgalizien erlangen und eine Vereinigung mit der rumänischen Armee zwecks Bildung einer einheitlichen Front gegen die Bolschewiken erzielen.

Betreffend Litauen und Weissrussland hat England besondere Pläne. Die beiden Länder sollen in föderalistische Republiken umgewandelt werden und einen Zugang zur Ostsee über Libau, welches unter englischer Kontrolle stehen wird, erhalten.

— Der Pariser Korrespondent des Krakauer „Czas" meldet: In Paris weilen Vertreter *Petljuras,* welche den Polen Vorschläge unterbreiten. Unter anderem schlagen sie die *Sangrenze mit Lemberg als Freistadt* vor. Diese Anträge betrachten die Polen als unannehmbar.

Interpellation über die polnischen Judenpogrome im englischen Parlament.

Am Montag, den 19. Mai, richtete in der Sitzung des Unterhauses der Abgeordnete von Whitechapel, James *Kiley,* an den Staatssekretär des Aeussern die Frage, ob er davon Kenntnis habe, dass seit Polen seine Unabhängigkeit wiedererlangt habe, antijüdische Pogrome in *über 140 Städten und Dörfern* in Polen und Galizien stattfanden, die beträchtliche Verluste an Menschenleben und Eigentum verursacht haben, und dass Judenmetzeleien in *Pinsk, Lida* und *Wilna* vorgekommen sind. Der Abgeordnete fragte, ob die englische Regierung Schritte unternommen habe, um die Fortdauer der Judenverfolgungen in Polen zu verhindern.

Cecil *Harmsworth,* Unterstaatssekretär des Aeussern, antwortete: „Die Aufmerksamkeit Seiner Majestät Regierung ist auf die Berichte über antijüdische Pogrome in verschieden Teilen Polens und Galiziens sowie die Massakres in Pinsk, Lida und Wilna, welche von dem geehrten Mitgliede erwähnt werden, gelenkt worden, und Anfragen darüber sind an den englischen Vertreter in Warschau gerichtet worden, mit der Instruktion, dringende Vorstellungen bei der polnischen Regierung zu erheben, falls die betreffenden Nachrichten sich als wahr erweisen.

Am Dienstag, den 20. Mai, fragte Colonel *Wedgwood* den Unterstaatssekretär des Aeusseren, ob er Nachrichten über die Ermordung von 56 polnischen Juden in Pinsk erhalten hätte und ob Seiner Majestät Regierung Vorstellung bei der polnischen Regierung erhoben habe, dass die Pogrome aufhören müssen, andernfalls jede britische Hilfe für Polen aufhören würde.

Unterstaatssekretär *Harmsworth* antwortete: „Die Regierung hat Informationen über die Erschiessung von 34 Personen, wie man glaubt Juden, in Pinsk erhalten. Nach Informationen von polnischen Behörden waren diese Personen in ein Komplott verwickelt, das bezweckte, sich der kleinen polnischen Vorposten an der polnischen Ostfront zu bemächtigen und sie zu töten. Was den Pogrom in Wilna betreffe, so habe der britische

Vertreter in Warschau soeben berichtet, dass er keine Informationen bezüglich dieses Vorfalls habe.

Colonel Wedgwood fragte weiter: „Ist dem Unterstaatssekretär bekannt, dass die betreffenden Juden in Pinsk sich in einer Sitzung befanden, die sich mit Fragen der Roten Kreuz-Verwaltung beschäftigte, als sie von den Polen überfallen wurden und dass der kommandierende Major des polnischen Detachements, der den Mord ausführen liess, blos einen Verweis von den polnischen Behörden erhielt, und dass sonst nichts in dieser Sache geschah?“ Unter diesen Umständen beantragte er, dass Vorstellungen bei der polnischen Regierung erhoben werden und England erkläre, dass es mit äusserstem Bedauern die gegenwärtige Aktion der Polen als Aufreizung zu Judenmorden betrachte.

Shaw, der Abgeordnete für Kilmarnock, fragte, ob dem Unterstaatssekretär bekannt sei, dass alle schottischen Mitglieder des Parlaments ein Telegramm erhalten haben, wonach Tausende von jüdischen Männern, Frauen und Kindern von polnischen Soldaten unter dem Schutz der gegenwärtigen polnischen Regierung ermordet worden seien.

Unterstaatssekretär Harmsworth antwortete: Nein, mein Herr, diese Mitteilung ist mir ganz neu. Ich würde gern die Einzelheiten erfahren.

Am Mittwoch stellte *Lord H. Cavendish-Bentnick* die Frage ob neuerlich Metzeleien und Misshandlungen von Juden in Pinsk und Wilna stattgefunden hätten und welcher Druck durch die allierten Regierungen angewendet werden wird, um die jüdische Bevölkerung in Polen zu schützen?

Harmsworth antwortete: Im Hinblick auf den ersten und zweiten Teil der Frage möchte ich die Aufmerksamkeit des verehrten Mitgliedes auf die dem verehrten Mitglied für Whitechapel am 15. und dem von Newcahtle-under-Lyme am 20. ds. gegebene Antwort lenken.

Ueberreichung eines Memorandums über Judenpogrome an Clemenceau.

Paris. Das Komitee der Jüdischen Delegationen bei der Friedenskonferenz hat durch Baron Rothschild dem französischen Ministerpräsidenten *Clemenceau* ein Memorandum über die unerhörten Judenschlächtereien in Polen überreicht.

Mörder.

In ihrem Leitartikel vom 23. Mai, betitelt „Mörder“, schreibt die Basler „Nationalzeitung“ u. a.:

Im Bürgerkrieg wird weiter gemordet, und mit den Häuptern der Revolution, die systematisch abgeschlagen werden, fallen auch Hunderte und Tausende von Zufallsopfern einer aufgehetzten und blutgierigen Soldateska. Aus dem Osten Europas kommen entsetzliche Nachrichten von unausgesetzten Judenschlächtereien. Rzeszów sah einen furchtbaren Pogrom, der triumphierende polnische Vormarsch in Galizien ist mit den Leichen von ungezählten Männern, Frauen und Kindern markiert, und Wilna dampft von Blut — dort soll der Pöbel 2200 Juden jeden Alters und Geschlechtes auf die Strecke gebracht haben. Man plündert die Häuser, man verbrennt die Armen, die sich in ihre Tempel flüchten, mitsamt dem Gotteswort, und sie verröcheln bei ihrer Thora, auf der das Wort steht: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!“ Natürlich kommt auf jeden Toten eine Zeile eines polnischen Dementis. Die Polen behaupten dann entweder, dass die Juden mit den Deutschen gingen, oder dass sie bolschewistisch seien. Nun bietet weder das Eine noch das Andere dafür eine Rechtfertigung, dass sich der polnische, verspätet erwachende Heldensinn an Wehrlosen austobt. Aber die Wahrheit ist, dass die Juden in ihrer Gesamtheit natürlich weder Deutsche noch Bolschewisten sind, sondern eben Juden, zitternde, gedrückte, schachernde Menschen, mit dem ganzen Unglück und den Gebrechen langer Absperrung und Inzucht behaftet. Der Umstand, dass zahlreiche Führer der Revolution dem jüdischen Volke angehören, führt oberflächliche Beurteiler irre; es ist nur natürlich, dass sich in einer unterdrückten, den Geist zwangsweise und einseitig kultivierenden Rasse solche Menschen finden, die ihren Peinigern nunmehr Hass mit Hass vergelten und die Rechnung vorlegen. Der Ostjude, dem freien Leben entzogen und abgesperrt, neigt zur Spekulation in jedem Sinn, auch zur geistigen, und das Extreme einer Art von pervertierten Messiasglauben muss für die vergrübelten Erben alter Talmudtradition eine verführerische Anziehungskraft besitzen. Die Wahrheit ist, dass Unzufriedenheit und Raubgier wie immer sich auf die Schwächsten stürzt und dass die Polen jene Minderheiten gerne morden, schon um die übrigbleibenden Juden einzuschüchtern. Das gilt für die Führer, — für die Massen ist es bestialische Raub- und Blutgier, die keine Beschönigung duldet. Die Welt, abgestumpft gegen Greuel, kümmert sich wenig um jene tierische Grausamkeit, und während ihre Gebieter in Paris um die paar tausend Italiener in Fiume wochenlang handeln, wird ein Vielfaches von jenen Tausenden gemartert, geplündert, geschlachtet. Nicht bloss dem polnischen Volke, das seine neue Freiheit so schnöde entehrt, auch jenen, die dies dulden, gilt die furchtbarste Anklage und Fluch, den die Menschheit kennt: „Mörder!“

— „Populaire“ schreibt unterm 18. Mai:

Die antisemitische Bewegung hat in Polen eine drohende Form angenommen. Es ist ein schlechtes Anzeichen für die Zukunft dieses jungen Landes, das gestern noch bedrückt war, schon heute zum Bedrücker wird. Die gesammelten, offiziellen und in Stockholm veröffentlichten Dokumente zeigen, dass die polnischen Behörden in Bezug auf Organisierung von Pogromen den zaristischen Agenten in nichts nachstehen. Die Juden befinden sich in Polen und hauptsächlich in Galizien zwischen Hammer und Amboss. Gegen die Ukrainer sind keine Pogrome organisiert worden, denn die Ukrainer liessen die Polen wissen, dass, sobald sie sich an ihren Stammgenossen vergreifen werden, sie die polnischen Grundbesitzer massakrieren würden. Diese Drohung genügte. Leider besassen die Juden dieses Mittel nicht. Diese gesammelten Dokumente nennen 125 Ortschaften wo Gewaltakte sondergleichen an Juden verübt worden sind. Und überall die beschämende Tatsache, dass die polnischen Behörden oder Legionäre sich immer passiv verhalten und nichts unternommen haben, um den Gewalttätigkeiten Einhalt zu tun.

Die Wahrheit über Homel.

Laut „Hajnt“ kehrten am 13. Mai jüdische Kaufleute von einer längeren Geschäftsreise in Russland, nach Warschau zurück. Sie berichten, dass in *Kiew*,

wo sie vor 5 Wochen weilten, die allgemeine Lage trctz der Herrschaft der Bolschewisten, von der furchtbaren Teuerung abgesehen, keine allzuschlechte war. Die dortige Bevölkerung war infolge der Nachrichten aus Homel sehr beunruhigt. In *Homel* verbrachten die Kaufleute zwei Tage. Die richtige Zahl der Ermordeten kennt man selbst in Homel nicht genau. Sie soll jedenfalls in die Tausende gehen. Die Stadt hat zweimal gelitten, zuerst von der roten Garde und dann von den Truppen Petljuras. In *Minsk* weilten die Kaufleute während der ersten Pessach-Feiertage. Die Teuerung ist dort unbeschreiblich. So kostet ein Pfund Zucker 85 Rubel und ein Pfund schwarze Mazzes 30 Rubel und zwar zaristische. Nach *Wilna* kamen die Kaufleute einen Tag vor der Besetzung der Stadt durch die Polen. Sie blieben dort in den Wohnungen versteckt und konnten dann dank ihrer Warschauer Pässe nach Hause gelangen.

Im Widerspruch dazu steht folgende Meldung der Bialystoker „Naje Leben", die in ihrer Montagnummer unter der Ueberschrift „Die Wahrheit über Homel" schreibt: Die Redaktion hat genaue und streng kontrollierte Informationen über die Homeler Vorfälle, die von gewissen Kreisen bestimmter Zwecke wegen, so sehr aufgebauscht worden sind, erhalten. *In Homel ist ein jüdischer Pogrom nicht vorgekommen.* Getötet wurden alles in allem etwas über 20 Leute, fast alles Kommunisten, darunter mehr Christen als Juden. Einzelheiten folgen in den nächsten Nummern.

Chronik.

Litauen.

Bern, 22. Mai. Am 20. Mai hat die *litauische Mission* in Bern im Auftrag ihrer Regierung dem *schweizerischen Bundesrat* eine Note überreicht, die auch für die Friedenskonferenz und die Regierungen der Entente und der Neutralen bestimmt ist und worin es heisst:

„Die Polen haben unter dem Vorwand, die Bevölkerung gegen die Bolschewiki zu schützen, einen grossen Teil Litauens mit seiner Hauptstadt Wilna besetzt. Aber anstatt der Bevölkerung Hilfe und Schutz zu gewähren, begingen und begehen die Polen immer noch Morde, rauben und nehmen zahlreiche Verhaftungen ganz unschuldiger Leute vor. *Die Polen haben in Wilna Pogrome begangen, wie sie die Geschichte, selbst des dunkelsten Mittelalters, nicht aufzuweisen hat.* Das Totenregister der jüdischen Gemeinde von Wilna zählt mehrere Hundert Ermordete, und nach beglaubigten Zeugnissen wurden einige Tausend Personen, unter denen sich viele Greise und Frauen befinden, mit Gewalt von Wilna nach Lida und von hier aus nach einem unbekannten Ort verschleppt. Auf dem Wege nach Lida sind viele derselben getötet worden.

Unter dem Vorwand von Hausdurchsuchungen wird den Litauern und *Juden* das Geld und die Güter gestohlen. Die Verhaftungen von Litauern und *Juden* durch die Polen dauern weiter.

Die litauische Regierung protestiert aufs energischste gegen ein solches Vorgehen der Polen in Litauen und verlangt: 1. Die polniscnen Truppen sollen Wilna sowie das übrige besetzte litauische Gebiet unverzüglich räumen; 2. die Polen sollen die mit Gewalt verschleppten Einwohner von Wilna sofort freilassen und den Hinterlassenen der Ermordeten eine Subvention auszahlen sowie die angerichteten Schäden vergüten. Die Höhe der Schäden und Zinse soll durch eine Ententekommission, der auch Litauer und Juden angehören sollen, festgestellt werden."

Wilna. Freitag, den 9. Mai ist die erste Nummer einer jüdischen Zeitung „Der Tug" erschienen, die die Namen von ungefähr 60 ermordeten Juden wiedergibt. Eine weitere Liste der Opfer verspricht die Zeitung in den nächsten Nummern zu veröffentlichen und ersucht die einzelnen Familien, ihr die Namen der getöteten Verwandten anzugeben. „Der Tug" erscheint unter der Redaktion von S. Niger. Die Wilnaer zionistische Organisation gibt ein Tagblatt „Die jiddische Zeitung" heraus.

Warschau. Nach der Besetzung Wilnas durch die Polen wurden sämtliche jüdische Eisenbahner, etwa 600 an der Zahl, entlassen.

Warschau. In hiesigen Regierungskreisen erwartet man, dass die polnischen Truppen in den nächsten Tagen auch Minsk erobern werden. Der Vormarsch dorthin ist erfolgreich angetreten worden. Die Bolschewisten sollen Minsk bereits evakuiert und ein Teil der Kommissare sich nach Smolensk begeben haben.

Polen.

Berlin, 20. Mai. Der „Lokalanzeiger", der „Tag„ u. a. Zeitungen melden aus Gleiwitz: Die *Hallerschen Truppen* sind in *Kowel* eingetroffen und haben dort *grosse Jugenpogrome* veranstaltet. Ueberall, wohin die Truppen Hallers kommen, werden die Geschäfte geschlossen.

Warschau. Auf dem Bahnhof überfielen Hallersche Soldaten Juden, welche aus den Zügen stiegen oder auf den Abgang der Züge warteten. Mit wildem Geschrei warf sich die zügellose Soldateska auf die wehrlosen Juden, schlug sie blutig und raubte sie aus. Solche Ueberfälle ereignen sich Tag für Tag auf sämtlichen Bahnen in ganz Polen, und für die Juden bedeutet jetzt das Reisen ein wahres Martyrium. Die Hallerschen Soldaten erklärten, *sie seien nach Polen gekommen, um die Juden auszumorden.*

— Abg. *Prilucki* begab sich nach Lublin, um dort bei General *Haller* wegen der Ueberfälle seiner Truppen auf die Juden vorstellig zu werden. Er schilderte besonders die letzten Vorfälle auf dem Koweler Bahnhof in Warschau, die er als Augenzeuge selbst beobachtet hatte, was auf General Haller grossen Eindruck machte. Er rief aus: „Wo sind denn die Offiziere gewesen?" Haller instruierte sofort telegrafisch die mit dem Transport des polnischen Militärs sich befassenden Stellen in Warschau und Paris und versicherte, dass man dergleichen Geschehnisse zukünftig mit den schärfsten Mitteln verhüten werde.

Los auf die Juden.

Beim Passieren der verschiedenen Bahnhöfe in Polen und Galizien zeichnen sich die Haller'schen Truppen

und speziell die Posen'schen Regimenter, durch ihre Rohheit gegenüber den Juden ganz besonders aus. Jedesmal beim Einfahren in eine Station erschallt sofort der Ruf: „Wo habt Ihr Eure Juden? Los auf sie!“ Die geringste Eisenbahnfahrt ist in Polen und Galizien derzeit geradezu mit Lebensgefahr verbunden. Dazu bemerkt der „Nowy Dziennik“: „Die *Haller'schen!* Ein freudiger Ruf durchhallte ganz Polen von Ost bis West, von Nord bis Süd: Die Haller'schen sind zurückgekehrt. Die Bahnhöfe sind beflaggt und illuminiert. Fröhliche, von Glück erfüllte Massen erheben den lauten, nicht endenwollenden Ruf: Ehre unseren Helden! Ueberall erhobene Stimmung, patriotische Begeisterung. Und auch die Juden kamen. Sie wollten jene erblicken, von deren Ruhm und Lob ganz Polen widerhallte, die im Auslande Polen zu neuem Ruhme verholfen hatten und ... Los auf die Juden, das war die Antwort, die sie erhielten. Bei Gott, Polen schämst du dich denn nicht?“

— Die polnische Regierung gründete in Warschau einen Schiffahrtsverein. Paragraph 3 der Statuten lautet: Mitglieder der Schiffseignersektion können nur Schiffsbesitzer christlicher Religion sein. Jüdische Schiffsbesitzer sind damit vom amtlichen Weichselschiffahrtsverein ausgeschlossen. (Internat. Tel. Büro.)

Warschau. Das zionistische Komitee hat beschlossen mit Rücksicht auf die letzten Vorfälle in diesem Jahre von den traditionellen Lag b'Omer Feiern abzusehen.

Rückkehr der polnischen zionistischen Delegierten nach Paris.

Warschau. „Moment“ meldet: Die Vertreter der Zionistischen Organisation in Polen wurden neuerlich nach Paris berufen, wohin sie sich in den allernächsten Tagen begeben. Im Zusammenhange damit wurde die 4. Zionistische Landeskonferenz, für die die Wahlen bereits im Gange waren, für 6 Wochen verschoben.

Galizien.

Die Exzesse in Mittelgalizien.

Das Pressbüro des Generaldelegierten Dr. *Galecki* teilt mit: Dank den zielbewussten und energischen Vorkehrungen der Behörden ist es gelungen, die Unruhen, die in einigen Bezirken ausgebrochen waren, vollständig zu unterdrücken. Laut den eingelaufenen amtlichen Meldungen herrscht in den Bezirken *Rzeszów, Kolbuszowa, Ropczyce, Pilzno, Tarnobrzeg, Nisko* und *Mielec* Ruhe. Die Behörden erlahmen nicht in ihrem Bestreben eine vollständige Pazifizierung durchzuführen, die darin besteht, die geraubten Gegenstände ausfindig zu machen, rückzustatten und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Ausserdem ist dort überall die Entwaffnung der Bevölkerung im vollen Gange. Erwähnte Vorkehrungen werden sicherlich zu einer vollständigen Beruhigung dieser Bezirke führen, deren Bevölkerung, aufgehetzt durch verbrecherische Agitatoren, sich zu unüberlegten Taten hatte hinreissen lassen.

— Die Krakauer Blätter melden, dass fünfzehn Plünderer, die sich an den Unruhen in Kolbuszowa beteiligten, nach Rzeszów gebracht und vor ein Standgericht gestellt wurden. Fünfzig Personen befinden sich in Untersuchungshaft.

Warschau. An der Aufhetzung der Bevölkerung Mittelgaliziens beteiligte sich in hervorragendem Grade der Geistliche und polnische Landtagsabgeordnete *Okon.* Da die Polen diesen Unruhen einen bolschewistischen Anstrich geben wollten, hielt es Abgeordneter Okon für angebracht, im Landtage gegen das scharfe Vorgehen General *Szamotas*, der einige Schuldige hatte aufknüpfen lassen, zu protestieren, indem er den bolschewistischen Charakter der Unruhen rundweg ableugnete und betonte, die Unruhen hätten *nur einen antisemitischen Charakter.* Das närrische Märchen, dass Juden selbst Judenpogrome veranstalten, tischte Abgeorneter *Witos* auf, der erzählte, dass man bei einer Jüdin 300 Aufrufe zu Judenpogromen gefunden habe. Durch die Hetzarbeit will man Polen auf dem Weltmarkt schädigen. Von dem Militär werden viele Unschuldige verhaftet, was zu einem Konflikt zwischen Volk und Regierung führt. Mit Rücksicht auf diese Erklärungen Witos stimmten auch die National-Demokraten für die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Mittelgalizien, obwohl sie vorher dagegen waren.

Lemberg, 20. Mai. Hier haben in den letzten Tagen antijüdische Exzesse stattgefunden, die aber glücklicherweise keinen grösseren Umfang annahmen. Schon seit einiger Zeit herrschte in Lemberg Pogromstimmung. Die polnischen Soldaten, die von der Posener Front nach Lemberg dirigiert wurden, überfielen tagtäglich auf den Strassen vorübergehende Juden und plünderten jüdische Geschäfte aus. Die Behörden wurden auf dieses schändliche Treiben der polnischen Soldateska wiederholt aber vergeblich aufmerksam gemacht. Die in den Strassen Zolkiewska, Boznicza, Kazimierzowska, Grodecka, Goluchowska befindlichen jüdischen Geschäfte wurden total ausgeplündert. Am 14. Mai wiederholten sich diese Ausschreitungen seitens der polnischen Soldaten in mehreren Strassen des jüdischen Viertels, und auch im Zentrum der Stadt, insbesondere auf dem Maryackiplatz wurden bei hellichtem Tage die jüdischen Geschäfte ausgeplündert. Mehrere Juden wurden überfallen und schwer verwundet. Die polnische Telegraphenagentur veröffentlichte schleunigst in der „Gazeta Lwowska“ einen Artikel, in dem erklärt wird, dass die Ausschreitungen keinen speziell antijüdischen Charakter trugen, und dass *unbekannte (!!) Holigans in militärischen Uniformen* die Exzesse veranstaltet hätten. Die polnische Gesellschaft und die polnischen Militärbehörden, erklärt das Blatt, geben die beste (!!) Garantie dafür, dass nichts imstande ist, die Ruhe in der Stadt zu stören, die von solchen herrlichen Heldentraditionen erfüllt ist. (Wr. Morgenztg.)

Ukraine.

Standrecht in Ostgalizien.

Der Ukrainische Pressedienst meldet unter dem 22. Mai: Die Polen haben über Ostgalizien das Standrecht verhängt. Ein Terror sondergleichen wütet gegen Ukrainer und Juden. Das Leben Tausender liegt in der brutalen Gewalt der mörderischen Soldateska Hallers.

Odessa. Die bekannten Zionisten *Slatopolski* und *Perschitz* sind von den Bolschewisten verhaftet worden. Der Kultusrat intervenierte bei den kompetenten Behörden wegen ihrer Befreiung.

Lettland.

Ein jüdischer Minister oder — Blockade!

Behufs Lösung der innerhalb der lettischen Regierung ausgebrochenen Krisis forderte die in Libau befindliche Ententekommission die Bildung eines Kabinetts, das aus sieben Mitgliedern des bisherigen Ministeriums mit dem Ministerpräsidenten Ulmanis an der Spitze, aus drei Balten, einem Letten und einem Juden bestehen soll. Ulmanis weigerte sich jedoch, einen Juden in die Regierung aufzunehmen, worauf die Mission erklärt haben soll, dass, falls die neue Regierung nicht im Sinne ihres Vorschlages zusammengesetzt werden sollte, die Entente alle Beziehungen zu ihr abbrechen und die Blockade fortsetzen würde.

Tschecho-slovakischer Staat.

Ein jüdischer Vertreter in der Hoover-Kommission in Prag.

Als Vertreter der Interessen jüdischer hilfsbedürftiger Kinder ist Oberrabbiner Dr. H. *Brody* in die Hoover-Kommission berufen worden. Die Berufung soll auf besondern Wunsch des Präsidenten Masaryk erfolgt sein.

— Der zionistische Delegiertentag in Prag wurde am 19. April eröffnet. Die Tagung beschloss Einrichtung von Palästina-Kursen, Berücksichtigung der Palästinakunde im Religionsunterricht, möglichste Verbreitung der Palästinaliteratur, Empfehlung des landwirtschaftlichen Berufs bei der Berufswahl, Förderung jeder Art von Jugend- und Frauenarbeit im Hinblick auf die Besiedlung Palästinas.

In einem ausführlichen Referat behandelte der bekannte Zionist und Schriftsteller Max Brod die Zusammengehörigkeit von Nationalismus und Zionismus. Es gehört politisch-nationale Arbeit in der Diaspora zur Verwirklichung des Palästinaideals. Daraufhin beschloss der Delegiertentag, dass die zionistische Delegation mit den Mitgliedern des jüdischen Nationalrates in der Tschecho-Slowakei sich über politische Fragen beraten, die national- jüdische Arbeit in allen zionistischen Vereinen fördern und die Demokratisierung der Kultusgemeinden anregen und überwachen solle.

Serbien.

Nationale Rechte für die Juden in Serbien.

Die serbische Regierung erklärt in einem Manifest, dass die Juden der von Serbien okkupierten Ländern nationale Rechte erhalten werden. Die Juden erhalten eigene Schulen mit jüdischer Unterrichtssprache.

(Wiener Morgenpost.)

Rumänien.

— Aus einer Erklärung der zionistischen Zentralkommission in Bukarest geht hervor, dass die Regierung nicht an eine allgemeine Einbürgerung der Juden denkt, sondern nach wie vor nach der alten gesetzlichen Bestimmung die Erlangung der Staatsbürgerrechte nur dem Individuum zubilligen will, wenn möglich nur durch Votum des Parlaments in jedem Einzelfalle.

Jassy. Das hiesige zionistische Zentralkomitee verteilte an jede arme jüdische Familie Fr. 100.-

In *Braila* wurde unter grosser Begeisterung der jüdischen Bevölkerung ein jüdisches Volkshaus eingeweiht.

Die Poale-Zionistische Begegnung macht in Rumänien schöne Fortschritte. In allen grossen Städten wurden Poale-Zionistische Vereinigungen, die der allweltlichen Organisation unterstehen, gegründet.

(Curierul Israelit, Bukarest)

Ungarn.

Die ungarischen Kommunisten beklagen sich über die Juden.

Der ungarische Volksbeauftragte für Kultus und Unterricht *Sigmund Kunfi*, der nach dem Verschwinden des Präsidenten der jüdischen Kultusgemeinde *Franz Mezey* auch die Agenden dieser Gemeinde versieht, äusserte sich einem Spezialkorrespondenten der „Wiener Morgenpost“ gegenüber u. a.: „Der Kommunismus verträgt sich nicht mit den Bestrebungen des jüdischen Nationalismus, da wir jeder nationalen Bewegung feindlich gesinnt sind. Wir lassen den Juden dieses „Spielzeug“ nur deshalb, weil sich diese in zweitausendjähriger Knechtschaft das Recht erworben haben, eine eigene Nation zu sein. Zuletzt werden sie sich doch assimilieren.“ Auf die Frage des Korrespondenten, weshalb man die jüdischen Flüchtlinge so sehr verfolge, antwortete Kunfi: „Die Juden selbst sind daran schuld, *weil sie sich nicht genügend der heiligen Sache des Kommunismus widmen*, um so mehr, als ihre grosse Intelligenz die Juden für das Verbreiten der kommunistischen Ideen besonders geeignet macht.

Deutschland.

— Im würtembergischen Verfassungsentwurf, den die Landesversammlung in dritter Lesung angenommen hat, wurde die israelitische Religionsgemeinschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechtes mit Steuerrecht anerkannt. Die Mitglieder der bisherigen israelitischen Oberkirchenbehörden wurden von der Staatsbehörde anerkannt.

Graudenz, 12. Mai (Spezialbericht d. K. f. d. O.). Mit Bezug auf den Protest der Danziger Jüdischen Gemeinde und des Verbandes der Westpreussischen Synagogengemeinden gegen die Auslieferung der Juden Danzigs und Westpreussens an die Polen schreibt die hier erscheinende „Gazeta Grudziadska“ in ihrer heutigen Nummer: „Die Danziger und westpreussischen Juden haben es auch für nötig gehalten, gegen die polnische Gewaltpolitik zu protestieren. Die Lumpen! Polen hat in früheren Jahrhunderten ihre Väter vor der Ausrottung und Verbrennung auf dem Scheiterhaufen durch die Deutschen gerettet. Hunderte von Jahren hindurch hat ihnen Polen Schutz und nicht nur Gleichberechtigung, sondern auch Vorrechte gewährt. Und jetzt hetzt dieses jüdische Lumpenpack gegen die Polen und schleudert über sie Verleumdungen über angebliche (!!) Pogrom und Gewalttaten. Offenbar muss

man die Juden wie Hunde behandeln, so wie sie von den Russen und Deutschen behandelt worden sind. Dann würde man augenscheinlich ihre Liebe gewinnen."

Posen, 9. Mai. Den Bemühungen des Jüdischen Volksrates in Posen ist es gelungen, bei der Regierung die Gründung einer jüdischen Volksschule durchzusetzen. Die jüdische Schule ist am 1. Mai d. J., mit den zwei untersten Klassen eröffnet worden. Lehrer *Brzezinski* eröffnete die Feier mit einer Ansprache, in der er seiner Freude über die Gründung einer jüdischen Schule in Posen Ausdruck verlieh und hervorhob, dass die Namen Dr. *Calvary*, Dr *Galland* und Dr. *Kollenscher* in der Geschichte der Schule unvergesslich bleiben werden. Er dankte den Leitern des Jüdischen Volksrats für ihre Mühe und Ausdauer, den Eltern für das Vertrauen, das sie der Schule entgegenbringen.

Frankreich.

„The Jewish Times" schreiben: Bisher sind in Paris noch keine Massenproteste gegen die unerhörten Judenmetzeleien, die jetzt systematisch in ganz Polen vorkommen, laut geworden. Jeder Schuss, der in Polen ein jüdisches Herz trifft, sollte eigentlich in Paris in vielfachem Echo wiederhallen. Wir haben doch die grosse Ehre, in Paris ein fast allweltliches Komitee der jüdischen Delegationen zu haben, das unsere Stimme bei der Friedenskonferenz zu Gehör bringen soll. Alle Juden dieses Komitees sind ohne jeden Zweifel sehr gute Juden und ihr Herz blutet sicherlich, wenn sie als einfache, ohnmächtige Zuschauer zusehen müssen, wie das jüdische Blut in Bächen fliesst, aber ihre zu grosse diplomatische Routine, ihre übertriebene Vorsicht, ihre ängstliche Furcht, sie könnten, Gott behüte, nicht *als geborene Diplomaten erscheinen*, stört und hemmt sie überall, so oft sie irgend etwas Praktisches unternehmen wollen. Auf die Frage weshalb sie nicht mit öffentlichen Protest gegen die barbarischen, himmelschreienden Ungerechtigkeiten auftreten, antworten sie: „Wir sind ein diplomatisches Komitee." Im Gegenteil, weil wir in Paris ein diplomatisches Komitee haben, das einige Millionen einflussreicher Juden vertritt, ist es jetzt unsere Pflicht, unsere Stimme so laut zu erheben, dass die Luft erzittere. Sokolow versuchte dort anzuklopfen, wo er den Grund der Judenpogrome in Polen richtig vermutet hat, und kehrte leider mit einem sehr traurigen Resultate zur Versammlung des Komitees zurück. Einer der Polen, an den er sich gewandt hatte, antwortete ihm: „Was wollt Ihr? Krieg ist Krieg. Ihr habt versucht unsere Einheitlichkeit durch Eure Forderungen zu stören und da habt Ihr das Resultat. Natürlich werden wir diese Unruhen nach Möglichkeit zu verhindern suchen, aber leider sind sie nicht zu vermeiden, denn sie sind ein unvermeidliches Produkt Eurer Politik gegen uns". Empört über diese Lage und nachdem sie nichts mehr zu verlieren hatten, traten manche Delegierte des Komitees für ein Massenprotestmeeting ein. Aber es fanden sich bald andere, die Wasser in das Feuer dieser hellodernden Empörung gossen. „Nur Ruhe, wir sind doch ein diplomatisches Komitee. Man könnte noch schaden." Auch Sokolow hat von jedem Massenprotest abgeraten. Was bleibt uns also zu tun? Mit zusammengefalteten Händen sitzen und zuschauen, wie die Polen eine jüdische Stadt nach der andern berauben und zerstören!!!

— In der „Victoire" vom 21. Mai plaidiert *Herve* für die Lösung der Ostjudenfrage im Sinne einer Gleichberechtigung vor dem Gesetz, lehnt dagegen jede Sonderstellung als undurchführbar ab. Aus seinem Leitartikel betitelt „Die Judenfrage an der Friedenskonferenz" geben wir folgende Sätze wieder: Millionen von Juden erwarten von der Friedenskonferenz ein Erlöserwort, das ihrem Martyrium ein Ende setzen soll. Seit 2000 Jahren über die Welt zerstreut, in Massen hauptsächlich in Osteuropa angesiedelt, lebten sie dort in den letzten 50 Jahren ständig umgeben von Hass und Verachtung und von Pogromen bedroht. Die jüdische Frage existiert also in allen osteuropäischen Ländern. Wollen nun die siegreichen Allierten weitere Verfolgungen einer arbeitsamen, friedlichen, ganz besonders intellektuell begabten Rasse, die mitunter kulturell höher steht als das Volk, in dessen Mitte sie lebt, dulden? Stolze, idealistische Juden suchten die Judenfrage im Sinne des Zionismus zu lösen, d. h. den Juden sollte Palästina wieder gegeben werden. Doch scheint dieser Traum zunichte zu werden und zwar scheitert ihre grosse Hoffnung an der harten Wirklichkeit, dass viele Juden Polens, Russlands und Rumäniens ihr und ihrer Väter Geburtsland als ihre wahre Heimat betrachten. Nun ändern die Zionisten ihr Programm und sagen sich, wenn es nicht möglich sei, ein Zion in Palästina aufzurichten, so verwirklichen wir es in Russland, Polen und Rumänien. Nur scheinen sie nicht daran zu denken, dass eine solche Jdee unmöglich sei. Das würde einen Staat im Staat ergeben und eine noch nie dagewesene Welle des Antisemitismus in Polen hervorrufen. Die Juden Russlands, Polens und Rumäniens müssen ihr Heil anderweitig suchen, nämlich in der bürgerlichen und politischen Gleichheit mit den übrigen Bürgern dieser Länder. Diese Gleichheit der Rechte muss der Völkerbund für die Juden in Ost-Europa verlangen.

England.

Rabbiner Kook.

Aus einem uns gütigst zur Einsicht überlassenen eigenhändigen Briefe Rabbiner Kooks ersehen wir, dass es sich bei ihm glücklicherweise nur um eine geringfügige Operation gehandelt hat. Mit Rücksicht auf seine baldige Abreise nach Palästina benützte Rabbiner Kook die günstige Gelegenheit, sich von seinem alten Haemorrhoiden-Leiden durch bedeutende Londoner Aerzte befreien zu lassen.

Die heute eingetroffene „Jewish Times" berichten, dass Rabbiner Kook die Operation bereits günstig überstanden hat.

— Das Organ der englischen Handelskammer veröffentlicht eine Aufforderung der Verwaltung des okkupierten feindlichen Gebietes (Abteilung für Süd-Palästina) zur Einsendung von Warenkatalogen für alle Waren, die zum Export nach Palästina geeignet sind. Interessierte können diese Katologe in Jaffa, Haifa und Jerusalem einsehen und man hofft dadurch, Waren, die bisher aus Deutschland und Oesterreich kamen, durch englische Waren zu ersetzen. Diese Kataloge sollen möglichst in englischer, französischer und arabischer Sprache abgefasst sein. In erster Linie handelt es sich um landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Mühlen-Inventar, Motoren, Hauseinrichtungen, Küchenwaren,

Papier und Eisenwaren, Setz und Buchbindermaschinen und Zubehörteile dazu, Schuhe, Chemikalien, Bürsten, Schreibmaschinen, Petroleum- und Gasapparate etc.

Belgien.

Sir Herbert Samuel, englischer Spezialkommissar in Brüssel.

Brüssel. Die britische Regierung hat Herbert *Samuel* der britischen Gesandtschaft in Brüssel als Spezialkommissar attachiert und mit der Mission betraut, die Angelegenheiten, die die britische Kooperation beim Wiederaufbau Belgiens betreffen, zu leiten.

Zu dieser Ernennung beglückwünscht die in Brüssel erscheinende zionistische Zeitung „Kadimah" Herrn Herbert Samuel namens der „Fédération Sioniste Belge" mit folgenden Worten: „Wir heissen den englischen Spezialkommissar in Brüssel willkommen und hoffen, wenn er nach Erfüllung seiner Mission, Belgien wiederherzustellen, Brüssel verlassen wird, es nur geschehen wird, um in Palästina einen Posten zu bekleiden, wozu ihn die vox populi und vox dei seit langem bestimmt hat, nämlich denjenigen eines Generalgouverneurs für Palästina.

Amerika.

London, 23. Mai. Gestern fand in New York ein Trauertag aller Juden zu Ehren der Pogromopfer in Polen und Galizien statt. Alle jüdischen Geschäfte und Fabriken schlossen für einen halben Tag. In der ganzen Stadt fanden riesige Demonstrationen und Protestversammlungen statt. Zu der Massen-Versammlung in Madison Square Garden waren die Richter Hughes, Herr M. Adoo (der Schwiegersohn Wilson's), Gouverneur Smith und andere hervorragende Persönlichkeiten als Redner angekündigt. Die jüdischen Soldaten und Matrosen der amerikanischen Armee veranstalteten einen Demonstrationszug über die Strassen New Yorks und sandten scharfe Proteste gegen die polnischen Greueltaten an die Friedenskonferenz.

— Oberrichter *Brandeis,* Jakob *de Haas* und Frau *Mary Fels* beabsichtigen, Anfang Juni nach Palästina zu fahren.

Palästina.

Das Zentralkomitee für die Wahlen zur konstituierenden Versammlung besteht aus folgenden Mitgliedern: den Rabbinern Zislin und Kook für die Orthodoxen, Rabbiner Zitron und Herr Maisel für den Misrachi, Dr. Zifroni und Rosenstein für den Esrach, den Herren Ludwipol und Auerbach für die Radikale Partei, Dr. Swerdloff und Herrn Twerzki für den Hapoel Hazair, und Dr. Waldstein und Frl. Rahel Lichansky für die Poale Zion.

— Vor einigen Monaten wurde in Palästina die Vereinigung „Hazair Haerez Israeli" begründet. Sie setzt sich aus jungen Palästinensern zusammen, grösstenteils Jeschiwa-Schülern. Beim Kriegsausbruch befanden sich die Jeschiwa-Schüler in der äussersten Notlage. Viele von ihnen gingen in die Ackerbaukolonien und begannen notgedrungen, sich mit Landarbeit zu beschäftigen. Dieses Leben in den Kolonien hatte einen äusserst günstigen Einfluss auf ihr ganzes Wesen. Bei der Einnahme von Jerusalem organisierten sich 50 solcher jungen Leute, um eine gemeinsame Kolonie zu begründen. Gleichzeitig organisierten sich 75 andere, um Hebräisch und andere weltliche Wissenschaften zu studieren. Aus diesen Kreisen entsprang der Gedanke der Gründung einer Jeschiwa mit Universitätscharakter. Diese neuen organisatorischen Tendenzen innerhalb der orthodoxen Jugend prägen sich in der „Hazair Haerez Israeli" aus, die in Jaffa entstanden ist. Eine Zweigorganisation besteht in Jerusalem mit Mitgliedern aller Gruppen der orthodoxen Jugend. Diese Vereinigung hat folgende Punkte in ihr Programm aufgenommen: 1. Die Bildung von Landarbeitergruppen, die der Leitung der Organisation unterstellt bleiben, bis sie richtig auf dem Lande angesiedelt werden können. 2. Die Förderung des Handwerkes unter den besonders hierzu befähigten Leuten. So wurde in Petach Tikwah eine Gruppe von Gemüsezüchtern eingerichtet und in Rechoboth arbeiten 20 junge Leute als Tagelöhner.

Schweiz.

Die Palästinabank der Orthodoxen.

Bekanntlich hat die in Zürich stattgefundene Weltkonferenz der jüdisch-orthodoxen Verbände die Gründung einer Siedlungs- und Handelsbank für Palästina beschlossen. Als Hauptsitz waren London oder New York gedacht. Der Bankrat, dem u. a. die Herren Saly Guggenheim (Basel), Julius Hollander (Kopenhagen), Leo Wreschner (Frankfurt a. M.), A. Hornstein (Kiew), Nachum Rosenfeld und J. Rosenbaum (Warschau) angehören und der noch einige Herren aus Zürich kooptierte, hat mit Rücksicht auf die jetzigen Verhältnisse und zwecks schneller Organisierung dieser Bank beschlossen, die Zentrale nach der Schweiz zu verlegen. Gleichzeitig sollen in den verschiedenen Ländern Bankinstitute gegründet werden, die als Filialen dieser Palästinabank in der Schweiz, resp. als selbständige Unternehmungen gedacht sind und in enger Verbindung mit der schweizerischen Zentrale stehen sollen. Infolge des vorläufigen Sitzes der Zentrale in der Schweiz, sind die Statuten umgeändert und der schweizerischen Gesetzgebung angepasst worden. Die Bank wird den Namen „Jüdische Siedlungs- und Handelsbank für Palästina" führen. Unter diesem Namen wird eine Aktiengesellschaft mit Zentrale in Zürich gebildet. Zweck der Bank ist: Unterstützung aller Unternehmungen in Palästina die sich bestreben, Palästina im Geiste der Thora zu entwickeln. Das Aktien-Kapital besteht aus 100000 Inhaber-Aktien à Fr. 100.—. Alle Bekanntmachungen der Bankverwaltung müssen im offiziellen schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht werden. Alljährlich muss eine Generalversammlung stattfinden. Jede Aktie hat eine Stimme, kein Aktionär darf jedoch mehr als $^1/_5$ aller Stimmen haben. Die Bankverwaltung besteht aus einem Verwaltungsrat von 15—25 Mitgliedern, die für 3 Jahre gewählt werden. Jedes Verwaltungsmitglied muss mindestens 10 Aktien zeichnen.

Briefmarken mit jüdischer Aufschrift.

Die Briefmarkenhandlung Eduard Locher Zürich stellt uns gütigst eine Serie Briefmarken der Stadt *Luboml* (Polen) zur Verfügung, die neben der polnischen, russischen und deutschen auch die *jiddische* Aufschrift „Stadtpost Luboml" aufweisen. Diese interessanten Marken sind im Schaufenster genannter Firma an der Bahnhofstr. 67 ausgestellt.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich